

# Rat hält an schwarzer Liste fest

**GESUNDHEIT** Die Liste für säumige Prämienzahler wird nicht abgeschafft. Probleme in Zusammenhang mit der Liste werden als «Kinderkrankheiten» abgetan.

ISMAIL OSMAN  
ismail.osman@luzernerzeitung.ch

Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf brachte es zum Schluss der Debatte auf den Punkt – irgendwie: «Irgendeine Wirkung hat die Liste schon», sagte Graf. Soweit ging der Kantonsrat mit ihm einig. Beim entscheidenden Detail – welche Wirkung genau – herrschte allerdings Uneinigkeit.



## Zu viele Nebenwirkungen

Wer seine Krankenkassenprämien nicht zahlt und deshalb betrieben wird, wird auf die schwarze Liste gesetzt. Bis die Schulden bezahlt sind, erhält die Person nur noch im Notfall Leistungen. Soweit das Prinzip der schwarzen Liste. **Christina Reusser** (Grüne, Ebikon) wollte die 2012 eingeführte schwarze Liste per Motion abschaffen. «Bei Nebenwirkungen abzusetzen, heisst es jeweils bei Medikamenten», sagte Reusser und argumentierte, dass die schwarze Liste zu viele unbeabsichtigte Nebenerscheinungen bewirke. In Zusammenhang mit der

schwarzen Liste sind in den vergangenen Monaten mehrere problematische Fälle öffentlich geworden (wir berichteten). «Wir haben ein Gesetz geschaffen, das die Falschen trifft», sagte Reusser. So sei ein Grossteil der über 6800 Personen auf der schwarzen Liste nicht zahlungsunwillig, sondern schlicht zahlungsunfähig. Zudem kritisierte Reusser erneut die unklare Definition eines Notfalls.

## Ferien statt Prämien

In diesem einen Punkt bekam Reusser sogar Schützenhilfe von **Räto Camenisch** (SVP, Kriens): «Der Notfallbegriff ist im Gesetz ungenügend definiert und muss zumindest in einer Verordnung aufgenommen werden.» Ansonsten aber verteidigte Camenisch den Nutzen der Liste. Sie sei ein Schutz für ordentliche Prämienzahler gegenüber denjenigen, die ihr «Geld lieber für Ferien und Autos ausgeben». Die Liste habe ein paar Kinderkrankheiten, sei ansonsten aber effektiv, so Camenisch.

Weniger überspitzt formulierte **Ange-la Pfäffli-Oswald** (FDP, Grosswangen) dasselbe Argument. So hätten Personen auf der schwarzen Liste oftmals falsche Prioritäten, was ihre Rechnungen betreffe. Ansonsten verwies Pfäffli vorwiegend auf die Ablehnungsbegründungen des Regierungsrates, wonach die Anzahl Betreibungen rückläufig sei.

Ähnlich sah es auch **Marlis Roos Willi** (CVP, Menznau). Auch sie nahm den Medikamentenvergleich von Reusser auf, stufte die angesprochenen Nebenwirkungen jedoch als «erträglich» ein. Die Notfalldefinition sei zudem Sache der Ärzte und nicht der Politik.

## «Keine erzieherische Wirkung»

Die Regierung zitierende Wortmeldungen der bürgerlichen Befürworter der Liste veranlassten Reusser, nochmals

vor das Mikrofon zu treten: «Diese Voten zeigen nur, dass man sich nicht wirklich mit der Thematik auseinandergesetzt und selbst recherchiert hat.»

Rückenwind erhielt Reusser unter anderem von **Marlene Odermatt** (SP, Adligenswil): «Als die Liste 2012 eingeführt wurde, tönte sie sehr schlüssig», erinnerte sich Odermatt. Entwickelt habe die Liste sich allerdings in eine negative Richtung. «Die erzieherische Wirkung ist beispielsweise nicht eingetroffen, und auch die Leistungserbringer sind nicht begeistert.»

## Vorfall mit psychisch Krankem

Hinter die Abschaffungsmotion stellte sich auch die **GLP**. «Die Liste hat offensichtlich keine abschreckende Wirkung», sagte **Claudia Huser Barmettler**. Mit dem Geld, das für die Liste aufgewendet wird, solle das Problem stattdessen an der Wurzel gepackt werden und betroffenen Personen geholfen werden, ihre Schulden in den Griff zu bekommen.

**Katharina Meile** (Grüne, Kriens) griff das Thema schwarze Liste in einer separaten Anfrage auf. Sie bezog sich dabei vorwiegend auf den Vorfall eines

Psychatriepatienten, der auf der schwarzen Liste aufgeführt war, schnell entlassen wurde und kurz darauf gewalttätig wurde («Zentralschweiz am Sonntag» vom 24. Januar). Mit der Regierung

ging sie hart ins Gericht: «Man geht auf Missstände konsequent nicht ein», sagte Meile. Den «oberflächlichen» Antworten sei zu entnehmen, dass man sich «schlicht nicht mit der Nutzlosigkeit dieser Liste auseinandersetzen will». Der angesprochene Fall zeige zudem auf, dass man anscheinend gewillt sei, hohe Kostenfolgen in Kauf zu nehmen, und dass das «System bei psychisch kranken Menschen versagt».

«So schlecht auf Kurs sind wir gar nicht», resümierte Guido Graf in seinem Schlusswort. Eine solche Liste sei zudem «nichts Unanständiges». Der Gesundheits- und Sozialdirektor bestätigte zwar, dass «Nebenwirkungen» bestünden, an denen man arbeiten müsse. Er betonte aber noch-

mals, dass die Liste auch eine präventive Wirkung habe.

In der Schlussabstimmung folgte der Rat dem Antrag der Regierung und wies die Motion mit 86 zu 23 Stimmen ab.



**«Wir haben ein Gesetz geschaffen, das die Falschen trifft.»**

CHRISTINA REUSSER,  
GRÜNE EBIKON



**«Die Nebenwirkungen der schwarzen Liste sind erträglich.»**

MARLIS ROOS-WILLI,  
CVP MENZNAU